

Eine Währung, keine Libreta

Die Freigabe des Dollar auf Kuba war unumgänglich, hat aber große Ungleichheiten geschaffen. Was kann dagegen getan werden?

Steffen Niese

Steffen Niese, Doktorand der Politikwissenschaften an der Universität Marburg, zahlreiche Kuba-Besuche, darunter ein achtmonatiger Studien- und Forschungsaufenthalt 2008/2009

»Kann Kuba das Wohnraumproblem lösen, wenn Wohnungen verschenkt werden? Einige haben sie gekauft, sie waren Besitzer. Sie hatten fünfzig Peso oder achtzig Peso monatlich bezahlt. Wenn sie das Geld aus Miami geschickt bekamen, dann waren das etwa drei Dollar! Im Lauf der Jahre hatten sie die Wohnungen mit weniger als 500 Dollar gekauft, und einige verkauften sie dann für 15000 oder 20000 Dollar. Und wer hat sie gekauft? Der Arbeiter? Der einfache Mann? Es gab viele einfache Leute, die ihr Haus geschenkt bekamen und es später den Neureichen verkauften. Sieht so Sozialismus aus?«

(Fidel Castro im Gespräch mit Ignacio Ramonet)

Die kubanische Revolution ist mittlerweile fünfzig Jahre alt und scheint sich politisch in sicherem Fahrwasser zu befinden. Zu fest sind heute die Bande, die zwischen der Karibikinsel und insbesondere den Staaten des ALBA-Bundes geknüpft wurden. Auch sind der 2006 erfolgte Wechsel an der Spitze des Staates sowie die jüngste Regierungsumbildung für viele Beobachter unerwartet ruhig verlaufen, so daß von der so oft prognostizierten politischen Instabilität nach der Ära Fidel Castro keine Rede sein kann.

Gesellschaftspolitisch hingegen ist die Situation weniger eindeutig: Einerseits ist die kubanische Gesellschaft nach wie vor entscheidend von der Existenz der doppelten Währung mit ihren negativen Auswirkungen geprägt, andererseits gibt es durchaus positive Anzeichen für eine Überwindung dieser Situation.

Das Jahr 1990

Im Zuge der weltpolitischen Umwaltungen des Jahres 1990 begann sich die kubanische Gesellschaft sukzessive zu verändern, und es bildeten sich jene Strukturen heraus, die uns heute von einer zumindest ökonomisch gespaltenen Gesellschaft sprechen lassen. Diese Wandlung ist Resultat der zu Beginn der neunziger Jahre durchgeführten wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Regierung, mit denen nach dem plötzlichen Wegbrechen der osteuropäischen Handelspartner der Totalzusammenbruch der kubanischen Ökonomie vermieden und die dramatische Versorgungslage der Bevölkerung verbessert werden sollte.

So entschloß sich die kubanische Regierung am Jahresende 1993, strukturelle Reformen in Angriff zu nehmen, die das Land dem Weltmarkt und ausländischen Investoren öffnen sowie die Binnenproduktion und Konsumtion ankurbeln sollten, um letztlich die für die Realisierung der dringend benötigten Devisen zu erlangen oder einzusparen. Zu den wichtigsten Maßnahmen, die zum Großteil erst ab 1994 verabschiedet wurden bzw. zum Tragen kamen, gehören im Binnensektor die Wiederezulassung der 1986 abgeschafften freien

Bauernmärkte sowie die Erlaubnis zur Gründung landwirtschaftlicher Genossenschaften (UBPC). Auch wurde der Aufbau von privaten Kleinunternehmen in mehr als hundert Berufssparten genehmigt und die Legalisierung des US-Dollars und weiterer Devisenwährungen realisiert; fiskalpolitische Maßnahmen und Subventionskürzungen mit dem Ziel der Haushaltskonsolidierung folgten.

Im Außenhandelssektor wurden die konsequente Öffnung für ausländisches Kapital zur Gründung von Joint Ventures, die Suche nach neue Kreditgebern und Handelspartnern sowie die Förderung und der massive Ausbau des Tourismus zu Grundpfeilern der neuen Wirtschaftspolitik. Diese Maßnahmen und Programme zur Umstrukturierung der kubanischen Wirtschaft begannen Mitte der neunziger Jahre zu greifen und die Versorgungssituation der Bevölkerung merklich zu verbessern. Der Preis für diese wirkungsvollen Maßnahmen war jedoch die Etablierung zweier Ökonomien bzw. Währungen, die eine Spaltung der Gesellschaft in Devisenbesitzer und jene, die keinen oder kaum Zugang zu ausländischen Währungen haben, zur Folge hatte.

Zweiteilung

Die dank der Revolution weitestgehend egalitäre Gesellschafts- und Sozialstruktur fächerte sich in der Folgezeit entsprechend den Tätigkeiten oder Familienverhältnissen auf. Konkret bedeutet dies, daß der Teil der kubanischen Bevölkerung, der im einträglichen Tourismussektor beschäftigt ist, einer privaten Beschäftigung nachgeht (trabajo por cuenta propia) oder in informellen oder gar illegalen Bereichen arbeitet, einen relativen Wohlstand erlangen kann. Auch sind diejenigen Kubanerinnen und Kubaner privilegiert, die Verwandte im Ausland haben und von deren Geldüberweisungen (Remesas) leben können.

Die Mehrheit der kubanischen Bevölkerung jedoch, die weiterhin im staatlichen Sektor arbeitet oder als Pensionär ausschließlich Peso und keine Devisen bezieht, ist in ihren Konsummöglichkeiten fast ausschließlich auf die Produkte beschränkt, die sich für Pesos erwerben lassen. Zu dieser Kategorie der Peso-Empfänger zählen paradoxerweise vor allem jene Berufsgruppen wie Ärztinnen und Ärzte sowie die Beschäftigten des Bildungssektors, die bis 1990 auf der gesellschaftlichen Stufe relativ weit oben standen und sich um ihr Einkommen nicht sorgen mußten. Ebenso erging und ergeht es dem übergroßen Teil der schwarzen Bevölkerung, also jener Gruppe, die mit am meisten von den Errungenschaften Revolution profitiert hat, heute jedoch in weit geringerem Maße als die Nachkommen der spanischen Eroberer und Einwanderer über ausreichenden Zugang zu Devisen verfügt.

Auch gut 15 Jahre nach den wirtschaftspolitischen Maßnahmen, ohne die das sozialistische Kuba den Wegfall der Bündnispartner und die nach wie vor bestehende völkerrechtswidrige US-Blockade nicht überlebt hätte, befindet sich das Land also weiterhin in der gesellschaftspolitisch höchst problematischen Situation: Ein Teil der Bevölkerung hat letztlich von der Krisenzeit der neunziger Jahre profitiert, während die Bevölkerungsmehrheit nur wenig am wirtschaftlichen Aufschwung partizipieren kann und auf die nicht immer ausreichenden staatlichen Unterstützungen angewiesen ist.

Erste Maßnahmen

Trotz dieser Lage, die in Zukunft weitreichende Folgen für die Akzeptanz des kubanischen Gesellschaftssystems haben könnte, gibt es zahlreiche Anzeichen und Indizien, die darauf hoffen lassen, daß eines Tages die Doppelwährung bzw. die Zweiteilung von Ökonomie und Gesellschaft wieder der Vergangenheit angehören. Besonders zuversichtlich stimmt dabei, daß die kubanische Regierung von Beginn der neunziger Jahre an den vorübergehenden Charakter der Maßnahmen deutlich gemacht hat. Die sich daraus ergebenden Konsequenzen

für die kubanische Gesellschaft seien zwar zunächst unvermeidlich, perspektivisch jedoch werde an der Aufhebung der eingetretenen Widersprüche gearbeitet, sobald es die ökonomische Situation des Landes zuließe.

Konkret hat sich diese politische Ausrichtung bislang vor allem darin bemerkbar gemacht, daß in den vergangenen Jahren schrittweise die Mindestlöhne, Pensionen und Gehälter für Millionen Peso-Empfänger zum Teil erheblich angehoben wurden. Finanziert werden konnten diese und weitere Maßnahmen, die vor allem den Peso-Empfängern zugute kommen, unter anderem durch Mehreinnahmen aus dem Verkauf von High-Tech-Produkten, die in Devisenländern zu Preisen oberhalb des Weltmarktniveaus angeboten werden.

Auch wurde erst vor wenigen Monaten eine Gehaltsreform mit dem Ziel in die Wege geleitet, die Arbeitsmotivation durch stärkere Anbindung des Einkommens an die Leistung zu erhöhen und somit zugleich zu einer Produktionssteigerung beizutragen. Ebenso sind die jüngsten Diskussionen um das Lebensmittelbezugsheft Libreta Ausdruck dieser Politik, mit der versucht wird, jene bislang Benachteiligten besser zu stellen und die Verteilungssysteme gerechter und effektiver zu gestalten.

Darüber hinaus existieren konkrete Pläne, die so dringend nötige Angleichung der beiden Währungen umzusetzen und der ökonomischen Spaltung der Gesellschaft entgegenzuwirken. Von Anfang an hat die Regierung zudem erkannt, daß nicht allein und schon gar nicht automatisch eine ökonomische Verbesserung der Lage der Bevölkerung die Weiterexistenz des Sozialismus gewährleisten kann, sondern daß es darüber hinaus ideologischer und bewußtseinsbildender Maßnahmen bedarf. Ein Beispiel hierfür ist die Ausbildung und der Einsatz von Hunderttausenden Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern, die sich unter anderem um die Verlierer der großen Krise sorgen und versuchen, die Einheit des kubanischen Volkes zu wahren.